Alternative für Deutschland
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG
LANDESGRUPPE THÜRINGEN

AfD
FRAKTION
THÜRINGEN

Erklärung „Zehn Jahre Grenzöffnung – zehn Jahre Kontrollverlust“

1. September 2025

Vor zehn Jahren, am 4. September 2015, setzte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) das geltende Recht außer Vollzug und öffnete die deutschen Grenzen für Migranten aus aller Welt. Im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika sahen hunderte Millionen weiterer Menschen, in erster Linie junge Männer, diese Entscheidung als Signal an, sich auf den Weg nach Deutschland zu machen.

Schon in den Jahrzehnten zuvor sorgte die Asylmigration für Probleme. Seit 2015 hat die andauernde Wanderungsbewegung von Menschen, denen unsere Lebensweise, Werte und Traditionen völlig fremd sind, das Gesicht unseres Landes jedoch auf eine radikale Weise verändert – und verändert es weiterhin. Die von der aktuellen schwarz-roten Bundesregierung als Erfolg ausgegebenen Grenzkontrollen wirken allenfalls als kosmetische Änderungen, denn nach wie vor kann fast jeder Migrant mit einer dauerhaften Aufnahme in Deutschland rechnen, wenn er es erst einmal über die deutschen Grenzen geschafft hat.

Unter dem verantwortungslosen Leitsatz „Wir schaffen das“ sorgten Merkel und ihre Unterstützer dafür, die innere Sicherheit Deutschlands zu erschüttern, die sozialen Sicherungssysteme zu ruinieren und unsere Heimat in ein multikulturelles Siedlungsgebiet zu verwandeln.

Öffentliche Veranstaltungen wie Weihnachtsmärkte oder Stadtfeste können oft nur noch unter hohen und teuren Sicherheitsvorkehrungen abgehalten werden – und sind dennoch Ziel von Terroranschlägen (beispielsweise Berlin 2016, Solingen 2024, Magdeburg 2024). Innenstädte und öffentliche Verkehrsmittel sind aufgrund von Gewalttaten zu Angsträumen geworden (beispielsweise Würzburg 2016, Würzburg 2021, Brokstedt 2023). Früher lediglich als Einzelfallphänomene auftretende Delikte wie Messerangriffe oder Gruppenvergewaltigungen werden inzwischen täglich begangen.

Seit Jahren steigt die Ausländerkriminalität im Freistaat Thüringen kontinuierlich an, ein Fünftel aller thüringenweit festgestellten Tatverdächtigen sind heute nicht-deutsche Staatsbürger. In Orten wie Gotha und Gera wird fast ein Drittel der Straftaten von Nichtdeutschen begangen. Der landesweite Ausländeranteil an der Bevölkerung dagegen beträgt etwas mehr als acht Prozent. Die Masseneinwanderung ist auch eine Kriminalitätsmasseneinwanderung.

Entgegen allen von Regierung, Kartellparteien und ihnen nahestehenden „Experten“ seit 2015 gezeichneten Wunschbildern sind mehrheitlich keine Fach- und Arbeitskräfte ein-

gewandert. Vielmehr belasten zumeist geringqualifizierte Zuwanderer unsere Sozialkassen in großem Umfang. Das 2022 eingeführte Bürgergeld, dessen Finanzierung inzwischen jährlich fast 47 Milliarden Euro Steuergeld verschlingt, wird zur Hälfte von Nichtdeutschen in Anspruch genommen. Vor zehn Jahren wurde behauptet, „die Flüchtlinge" würden einmal die Renten der Deutschen finanzieren. Heute belegen Diskussionen über längere Lebensarbeitszeiten oder „Boomer-Steuern" das Gegenteil, nämlich dass die Deutschen immer stärker und immer länger den Unterhalt der Zugewanderten bezahlen sollen.

Das ohnehin unterfinanzierte Gesundheitssystem wird infolge der Masseneinwanderung seit 2015 zusätzlich belastet, da Kranken- und Pflegekassen die Behandlungskosten für Migranten nicht angemessen zurückerstattet werden. Anstatt die Ursachen dieses Problems zu bekämpfen, fällt den Kartellparteien kaum mehr ein als die Forderung, Beiträge der Versicherten weiter zu erhöhen, um die Finanzierungslücken zu schließen. Neben der finanziellen Überbeanspruchung hat die Massenmigration auch weitere Folgen für das Gesundheitswesen. Mit den Migranten kam z.B. der rasante Anstieg von Gewaltandrohungen und -anwendungen gegen medizinisches Personal in Praxen und Krankenhäusern ins Land.

Der Einwanderungsdruck verschärft die Lage auf dem Wohnungsmarkt in einer Zeit, in der Investitionen in den Wohnungsbau ohnehin zum Erliegen gekommen sind. In den größeren Städten ist es für einheimische Familien kaum noch möglich, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Kampagnen, die Senioren dazu bewegen sollen, aus Wohnungen auszuziehen, in denen sie teilweise seit Jahrzehnten gelebt haben, sind der beschämende Ausdruck einer Politik, die das Kernproblem nicht wahrnehmen will, sondern zusätzlichen Druck auf die einheimische Bevölkerung ausübt.

Die massenhafte Zuwanderung verschärft die Lage im Bereich der Bildung. Auch im Osten Deutschlands wächst vor allem in den Städten der Anteil nicht-deutscher Schüler drastisch. Zunehmende Gewalt an Schulen oder eine steigende Anzahl von Kindern und Jugendlichen ohne ausreichende Sprachkenntnisse mindern die Qualität des Unterrichts und die Bildungsaussichten für alle Schüler. Dadurch wird das ohnehin unter Werteverfall, Schulexperimenten, Lehrermangel oder verfallenden baulichen Anlagen leidende Schulwesen zusätzlich in die Krise getrieben.

Die vergangenen zehn Jahre sind für die Deutschen eine Zeit des schrittweisen Heimatverlustes, der sich gerade im Osten auf dramatische Weise auswirkt. Vor 2015 waren hierzulande Städte und Dörfer noch als deutsch wahrnehmbar. Mittlerweile ist auch hier der ohne demokratisches Mandat erzwungene Multikulturalismus im Vormarsch. Aggressive Verhaltensweisen durch „Männergruppen" und fremde Vorstellungen vom Zusammenleben stellen unsere Art zu leben infrage. Viele Deutsche reagieren darauf, indem sie Innenstädte, Parks und Plätze meiden. Die hierdurch entstandene regionale Dominanz von anpassungsunwilligen Zugewanderten verstärkt bei vielen Deutschen die bedrückende Gewissheit, die eigene Heimat zu verlieren. Illusionen von einer wie auch immer gearteten Integration sind an der Realität gescheitert. Die auch aus Steuermitteln finanzierte Asylindustrie trägt nicht zur Integration bei, sondern sie arbeitet daran, dass

Migranten gegenüber der einheimischen Bevölkerung einen bevorzugten Sonderstatus erhalten.

Daher fordern wir, die katastrophale Migrationspolitik der vergangenen zehn Jahre zu beenden, für gesicherte Grenzen zu sorgen und in Thüringen eine umfassende Remigrationspolitik einzuleiten:

- Grundsätzlich gilt: Der Flüchtlingsstatus ist immer ein Status auf Zeit.
- Thüringen muss ein Organstreitverfahren gegen die Bundesregierung mit dem Ziel einleiten, dass die deutschen Grenzen für illegale Migration geschlossen und Asylbewerber ohne Papiere zurückgewiesen werden.
- Bis zur Abschaffung des individuellen Grundrechts auf Asyl soll ein Moratorium gelten, nach dem ausschließlich politisch Verfolgte gemäß Art. 16a Grundgesetz in Deutschland aufgenommen werden. Alle anderen sind an den deutschen Grenzen zurückzuweisen.
- Es sind alle Faktoren, die einen zusätzlichen Anreiz bilden, nach Deutschland zu kommen, abzuschaffen. Dazu gehören der sogenannte Spurwechsel im Asylverfahren oder die Familienzusammenführungen.
- Die Dauer der Asylverfahren ist auf das notwendige Maß zu begrenzen und zeitlich zu straffen.
- Wird ein Asylgesuch abschlägig beschieden, so ist der Betreffende abzuschieben. Die sogenannte Duldung abgelehnter Asylbewerber ist abzuschaffen.
- Das Asylrecht darf nicht durch das sogenannte Kirchenasyl unterlaufen werden. Hierfür sind die rechtlichen Voraussetzungen umgehend zu schaffen.
- Die Deckung des persönlichen Bedarfs von Asylbewerbern mittels Geldleistungen ist vollständig einzustellen und durch Sachleistungen zu ersetzen.
- Alle Staaten, deren Bürger nicht oder nur regional durch Krieg oder Gewalthandlungen an Leib und Leben bedroht werden, sind ausnahmslos als „sichere Drittstaaten" einzustufen.
- Sonderregelungen für Migranten aus der Ukraine sind abzuschaffen.
- Die Verramschung des deutschen Passes ist zu beenden. Das bis zum Jahr 2000 gültige Staatsbürgerschaftsrecht soll wieder Anwendung finden.

Wir werden Thüringen als Heimat bewahren und das Gesellschaftsexperiment der Multikulturalisierung ein für alle Mal beenden.

Berlin, den 1. September 2025

.....	.....
AfD-Fraktion im Thüringer Landtag	Landesgruppe Thüringen im Deutschen Bundestag